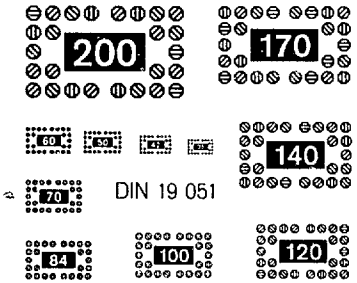

Gründungsprogramm der INDUSTRIEGEWERKSCHAFT MEDIEN – Druck und Papier, Publizistik und Kunst

Beschlossen vom Gesamtvorstand der IG MEDIEN am 7. November 1986

1577

Anschriften der INDUSTRIEGEWERKSCHAFT MEDIEN

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT MEDIEN
Druck und Papier, Publizistik und Kunst
Hauptvorstand / Sitz Stuttgart
Friedrichstraße 15, 7000 Stuttgart 1,
Telefon (0711) 2018-215

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT MEDIEN
Druck und Papier, Publizistik und Kunst
Landesbezirk Baden-Württemberg
Friedrichstraße 15, 7000 Stuttgart 1,
Telefon (0711) 292441

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT MEDIEN
Druck und Papier, Publizistik und Kunst
Landesbezirk Bayern
Schwanthalerstraße 64, 8000 München 2,
Telefon (089) 5309018

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT MEDIEN
Druck und Papier, Publizistik und Kunst
Landesbezirk Berlin
Dudenstraße 10, 1000 Berlin 61, Telefon (030) 7856037

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT MEDIEN
Druck und Papier, Publizistik und Kunst
Landesbezirk Hessen
Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77, 6000 Frankfurt am Main 1,
Telefon (069) 252092

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT MEDIEN
Druck und Papier, Publizistik und Kunst
Landesbezirk Niedersachsen
Dreyerstraße 6, 3000 Hannover 1, Telefon (0511) 32[illegible]16

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT MEDIEN
Druck und Papier, Publizistik und Kunst
Landesbezirk Nordmark
Besenbinderhof 60, 2000 Hamburg 1,
Telefon (040) 2858505

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT MEDIEN
Druck und Papier, Publizistik und Kunst
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Hans-Böckler-Platz 9, 5000 Köln 1, Telefon (0221) 3[illegible]

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT MEDIEN
Druck und Papier, Publizistik und Kunst
Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saar
Kaiserstraße 26–30, 6500 Mainz, Telefon (06131) 231977

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

A91-1577

Um eine entscheidende Stärkung der gewerkschaftlichen Kraft, um eine wirksame Verbesserung unserer Handlungsfähigkeit zu erreichen, bilden wir die IG MEDIEN – Druck und Papier, Publizistik und Kunst. Dies ist notwendig, damit wir an der Verwirklichung unseres Ziels, der Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft mit besseren Arbeits- und Lebensbedingungen für alle abhängig Beschäftigten und ihre Familien, erfolgreicher arbeiten können.

Wir müssen der ökonomischen Machtzusammenballung auf der Seite des Kapitals gerade unter den schwierigen Bedingungen der Krise und rasanter technologischer Umwälzungen unsere vereinte Kraft entgegensetzen. Die Machtinhaber in der Bewußtseinsindustrie und ihre politischen Freunde dürfen den »Kampf um die Köpfe und Herzen« der abhängig Beschäftigten und der künstlerisch Tätigen nicht gewinnen. Medien und Kultur müssen im Interesse der Bevölkerung der Aufklärung über die gesellschaftliche Wirklichkeit dienen.

Um den Mitgliedern der IG MEDIEN für diese Auseinandersetzung eine Orientierung zu geben, legt der Gesamtvorstand dieses Gründungsprogramm vor. Damit werden die Mitglieder aller Gewerkschaften und Verbände der IG MEDIEN aufgefordert, sich in gemeinsamer Diskussion über ihre Ziele und über die Wege zu deren Verwirklichung zu vereintem Handeln zusammenzufinden.

I. Ziele
Wofür wir kämpfen

»Es war von Anbeginn das Ziel der Gewerkschaften, der Würde des arbeitenden Menschen Achtung zu verschaffen, seinen gerechten Anteil am Ertrag der Arbeit durchzusetzen, ihn zu schützen und sozial zu sichern und eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die allen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht.« (DGB-Grundsatzprogramm 1981)

Die Gewerkschaften streben nach einer Gesellschaft, die allen Menschen die Chance gibt, frei von wirtschaftlicher Not, von Abhängigkeit und Diskriminierung die eigenen Fähigkeiten und Kräfte zu entfalten und an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens teilzunehmen. Die Gewerkschaften stehen damit vor der doppelten Aufgabe.

- ihre Mitglieder vor den Folgen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abhängigkeit zu schützen sowie
- die Ursachen der wirtschaftlichen und sozialen Unterlegenheit der abhängig Beschäftigten zu überwinden.

Jetzt und in Zukunft wird über die Entwicklungsmöglichkeiten und die Aussicht der abhängig Beschäftigten am gesellschaftlichen Reichtum teilzuhaben, in erster Linie in der Arbeit und im Betrieb entschieden.

Deshalb kämpfen die Gewerkschaften für das Recht auf Arbeit, für betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung, für demokratische Planung und für Kontrolle wirtschaftsbeherrschender Unternehmen. Die Gewerkschaften fordern den sozialen Schutz, gleiche Rechte und Chancen für Frauen, Männer und Jugendliche, für Ausländer und Deutsche.

Dazu gehören auch menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte, die berufliche Fähigkeiten und Kreativität

erfordern, statt diese als Folge von Unterforderung und psychisch belastender Monotonie brachliegen zu lassen.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch neue Techniken erlaubt es, die Arbeitszeit für alle zu verkürzen, materielle Sicherheit für alle und damit »mehr Zeit fürs Leben« zu schaffen. Damit soll zugleich der Zugang zum kulturellen und gesellschaftlichen Leben verbreitert werden. Dies dient in gleicher Weise dem Ziel, die eigenen Kenntnisse und Fähigkeiten zu entwickeln und an der gesellschaftlichen Auseinandersetzung teilzunehmen.

Die Kunst ist notwendiger Bestandteil des menschlichen Lebens. Sie schärft unsere Sinne und wirkt damit der Abstumpfung durch unselbständige monotone Arbeit entgegen. Erst die Entwicklung der sinnlichen Wahrnehmungsfähigkeit und der sozialen Phantasie ermöglicht eine umfassende Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit und schafft so die Voraussetzungen für solidarisches Handeln der abhängig Beschäftigten und künstlerisch Arbeitenden im Kampf für eine bessere Welt.

Deshalb dürfen der Zugang zur Kunst und die Möglichkeiten eigener kreativer Entfaltung in künstlerischer Tätigkeit nicht vom Geldbeutel abhängig sein.

Bedingung für die Teilnahme aller am kulturellen Leben sind demokratische Freiheiten. Von Anfang an trat die Gewerkschaftsbewegung für diese Freiheiten ein. Die Freiheit der Kunst, der Presse und des Rundfunks kann nicht durch die verfassungsrechtliche Verankerung allein gewährleistet werden. Sie setzt wirtschaftliche und soziale Sicherheit sowie den arbeitsrechtlichen Schutz derer voraus, die in künstlerischen Berufen und für die Medien arbeiten.

Eine menschenwürdige, demokratische Gesellschaft ist nur in einer friedlichen Welt möglich. Deshalb treten die Gewerkschaften für die Sicherung des Friedens durch Völkerverständi-

gung, Entspannung und Abrüstung ein. Dies ist nicht zuletzt ein Gebot der internationalen Solidarität, die dazu verpflichtet, den Reichtum dieser Welt für alle Menschen zu nutzen. Hunger und Elend zu bekämpfen und für alle Völker gleiche Entwicklungschancen zu schaffen.

II. Gesellschaftliche Situation Gefahren und Widersprüche

Der von allen abhängig Beschäftigten erarbeitete gesellschaftliche Reichtum, die Produktivitätssteigerung, insbesondere durch neue Techniken, haben einen Stand erreicht, der es ermöglichen würde, wirtschaftliche Krisen, Armut, Vergeudung der natürlichen Ressourcen und Umweltzerstörung endgültig zu überwinden. Doch solange wirtschaftliches Handeln unter dem Gesetz der privaten Profitmaximierung und nicht unter dem Vorrang gesellschaftlicher Planung steht, wird die Zusammenballung wirtschaftlicher und politischer Macht gefördert, werden Kapital und Technik immer wieder gegen die Interessen der arbeitenden Menschen und zum Nachteil des volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts eingesetzt.

Die Folgen sind Arbeitslosigkeit, Armut, Mängel der gesellschaftlichen Bedarfsdeckung sowie die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Rationalisierung, insbesondere der Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken, fördert die Tendenz zu inhaltsleerer Arbeit und verstärkt die Gefahr der Vereinzelung, im Betrieb wie in der Freizeit. Zugleich setzen die Unternehmer mit ihren Helfern in Politik, Justiz und Medien »Lösungen« ins Werk, mit denen sie die Krisenlasten den abhängig Beschäftigten, den Arbeitslosen, Rentnern und ihren Familien aufbürden. Soziale Leistungen und gewerkschaftlich erkämpfte Schutzrechte werden immer weiter abgebaut und demokratische Grundrechte immer rücksichtsloser eingeschränkt. Politik und Justiz leisten den Angriffen auf das Streikrecht Vorschub und sanktionieren die Aussperrung. Den Lippenbekenntnissen zur Kunst-, Presse- und Rundfunkfreiheit spricht die alltägliche Praxis Hohn.

Damit wird wieder der Weg zu einem autoritären Staat geebnet.

Hand in Hand mit dieser Politik gehen Konfrontation und Gewaltandrohung nach außen, vornehmlich um im Wettlauf um Rohstoffquellen und Absatzmärkte die eigenen Einflußsphären zu sichern und zu erweitern. Rüstung, Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens sowie die Erzeugung und Verbreitung von Feindbildern sind ebenfalls Bestandteile dieser Politik.

III. Der Auftrag der IG MEDIEN Eigene Kraft entfalten

Die Gründung der IG MEDIEN ist nicht nur eine Konsequenz des Industriegewerkschaftsprinzips. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß von Arbeitern und Angestellten, Journalisten, Schriftstellern und Künstlern gewinnt seine aktuelle Bedeutung aus dem Stellenwert, den die Bewußtseinsindustrie für die politische und gesellschaftliche Entwicklung erlangt hat. Neue Datenverarbeitungs- und Nachrichtentechniken, nationale und internationale Kapitalkonzentration, wachsende Freizeit und die in deren Folge aufblühende Freizeitindustrie weisen der Herrschaft über Information, Kunst und Unterhaltung und deren Verbreitung in den Medien eine gesellschaftspolitische Schlüsselrolle zu.

Damit stehen wir vor der Alternative: Dienen Medien und Kultur der Aufklärung über die gesellschaftliche Wirklichkeit oder verstärken sie gängige Vorurteile? Werden sie benutzt,

um die Fähigkeiten zu bewußtem, demokratischem Gestalten zu entwickeln oder um dem Bürger Scheinwelten vorzugaukeln und ihn im passiven Konsum einzuschläfern?

Der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist daher existenznotwendig im Interesse der in Medien und Kultur Beschäftigten, die von Konzentration, Unternehmerstrategien, Einsatz neuer Techniken und rechtlichen Veränderungen unmittelbar betroffen sind. Die Interessenwahrnehmung durch getrennte Verbände, erst recht nach dem Muster der Standespolitik, ist zum Scheitern verurteilt. Die IG MEDIEN muß in der Auseinandersetzung über die gesellschaftliche Rolle der Bewußtseinsindustrie Stellung beziehen. Es kann niemandem gleichgültig sein, am wenigsten den Beschäftigten in Medien und Kultur, mit welchen Methoden, Orientierungen und Folgen ihre Arbeit im »Kampf um Köpfe und Herzen« eingespannt wird.

Die IG MEDIEN ist als Industriegewerkschaft ein Zusammenschluß von Arbeitern und Angestellten, Künstlern und Intellektuellen, von fest angestellten Arbeitnehmern, »Arbeitnehmerähnlichen« und »Freien«. In diesem Bündnis liegen Chancen des Erfolges, aber auch Probleme der Zusammenarbeit. Hinzu kommen berufliche Verschiebungen infolge neuer Techniken, etwa von klassischen Arbeiterberufen zu Angestelltenberufen. Ein Zusammenwachsen ist nur möglich auf der Grundlage gegenseitigen Verständnisses für die berufliche Situation, für die Interessen und Sorgen aller organisierten Kolleginnen und Kollegen auf der Basis gemeinsamer Ziele und einheitlichen Handelns. Die Situationsbeschreibung und die Schwerpunktaufgaben dieses Programms sollen einen Beitrag dazu leisten.

Die IG MEDIEN bekennt sich als Teil des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Prinzip der Einheitsgewerkschaft, in der verschiedene weltanschauliche und politische Richtungen für die gemeinsamen Interessen aller im Kultur- und Medienbereich Tätigen zusammenarbeiten. Wie der DGB ist auch die

IG MEDIEN unabhängig von Konfessionen, Unternehmen, Parteien und Regierungen.

Es entspricht der Rolle der IG MEDIEN, daß sich ihre Forderungen in gleicher Weise auf die Bedingungen der Produktion wie auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens außerhalb der Betriebe erstrecken. Dementsprechend kann sich die Gewerkschaftsarbeit nicht allein auf Tarifpolitik und Betriebsarbeit beschränken, sondern muß politische Einflußnahme und Gestaltung unter Einsatz gewerkschaftlicher Mittel notwendigerweise mit einbeziehen. Dies kann freilich umgekehrt nicht bedeuten, vor der oftmals schwierigen Aufgabe der betrieblichen Arbeit auf Felder der bloßen politischen Proklamation auszuweichen; politische Kraft entfalten die Gewerkschaften vor allem, soweit sie in den Betrieben verankert sind.

IV. Schwerpunktaufgaben Was wir erreichen wollen

1. Recht auf Arbeit

Die Arbeitslosigkeit grenzt immer mehr Menschen von Beruf und Arbeit aus. Zugleich wächst unter denen, die Arbeit haben, die Angst um ihren Arbeitsplatz. Arbeitslosigkeit ist weder eine Folge des eigenen Versagens, noch liegen die Ursachen in Störungen des »Arbeitsmarktes«, etwa in zu hohen Löhnen, zu »starrem« Arbeitsschutz. Arbeitslosigkeit ist vielmehr Begleiterscheinung einer Wirtschaftsordnung, die nicht an den Bedürfnissen der Menschen, sondern an optimaler Kapitalverwertung orientiert ist. Sie muß mit Vorrang politisch bekämpft werden.

Zu den gewerkschaftlichen Nahzielen gehört daher ein staatliches Beschäftigungsprogramm, das neben dem Ausbau sozialer Dienste vor allem öffentliche Investitionen zum Zwecke

gesellschaftlicher Bedarfsdeckung fördert. Nach wie vor sind wichtige gesellschaftliche Aufgaben nicht oder nicht ausreichend erfüllt, wie z.B. sozialer Wohnungsbau, das Bildungs- und Gesundheitswesen, eine umweltschonende Energieversorgung.

Auch kulturpolitische Initiativen können und müssen wesentlicher Bestandteil eines Beschäftigungsprogramms sein, das sich am gesellschaftlichen Bedarf orientiert. Die IG MEDIEN fordert daher, kulturelle Einrichtungen für alle Bürger zu schaffen und zu erhalten und die Kulturetats in den öffentlichen Haushalten aufzustocken.

2. Arbeitszeitverkürzung

Neue Techniken und Produktivitätsfortschritt machen es möglich, durch Arbeitszeitverkürzung mehr Freizeit zur Entspannung, für die Familie, für Freunde sowie für gesellschaftliche Aktivitäten zu schaffen. Zugleich kann und muß die Arbeitszeitverkürzung einen Beitrag zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten.

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bleibt vorrangige tarifpolitische Aufgabe. Ihre Durchsetzung wird auch künftig von Konflikten begleitet sein. Der öffentlichen Auseinandersetzung kommt dabei große Bedeutung zu. Ein wichtiger Beitrag der IG MEDIEN wird es sein, den publizistisch und künstlerisch Tätigen sowie der gesamten Bevölkerung die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung bewußt zu machen. Zugleich gilt es, eigene Wege der Öffentlichkeitsarbeit fortzuentwickeln; regionale Streikzeitungen, wie sie in zurückliegenden Arbeitskämpfen herausgegeben wurden, sind ein Beispiel. Darüber hinaus bleibt der Gesetzgeber aufgefordert, durch ein fortschrittliches Arbeitszeitgesetz vor allem die gesetzliche Regelarbeitszeit zu verkürzen und die Zulässigkeit von Überstunden einzuschränken.

Arbeitszeit und Freizeit

Die Arbeitszeitverkürzung erschöpft sich nicht allein darin, die Zahl der Wochenarbeitsstunden zu verringern. Ebenso wichtig sind Lage und Verteilung der Arbeitszeit und Freizeit.

Die Unternehmer versuchen, flexible Arbeitszeiten durchzusetzen mit dem Ziel, den Rhythmus von Arbeitszeit und Freizeit der jeweiligen Auftragslage und Produktionsauslastung anzupassen. Umgekehrt geht aber das Interesse der arbeitenden Frauen und Männer dahin, auch künftig verläßliche Freizeiten zu behalten, um mit Familie und Freunden am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilnehmen zu können.

Die IG MEDIEN lehnt daher die von den Unternehmern geforderte Flexibilisierung der Arbeitszeit ab.

Vorrangiges Ziel ist, unter Verteidigung der 5-Tage-Woche, heute der 7-Stunden-Tag und morgen der 6-Stunden-Tag für alle.

Freizeit und Kultur

Die Gewerkschaften kämpfen um Arbeitszeitverkürzung nicht zuletzt, damit alle arbeitenden Menschen am kulturellen Leben teilnehmen können, denn gesellschaftlicher Fortschritt und die Entwicklung der persönlichen Kräfte und Fähigkeiten hängen unmittelbar zusammen.

Es ist notwendig, Alternativen zum Angebot einer kommerziellen Unterhaltungsindustrie zu entwickeln und ihnen Verbreitungschancen zu verschaffen. Mehr denn je besteht die Möglichkeit, daß kulturelle Angebote und die Entwicklung kultureller Eigeninitiativen nicht nur auf die Kreise der Besitzenden und des Bildungsbürgertums beschränkt bleiben.

Die IG MEDIEN fordert daher
- Kulturzentren in Gemeinden und Stadtteilen zu schaffen und zu unterhalten,
- Musik- und Kunstschulen personell und finanziell ausreichend abzusichern,
- Sprech- und Musiktheater sowie alle Formen der darstellenden Künste zu erhalten, auszubauen und zu fördern,
- an Volkshochschulen die künstlerische Erwachsenenbildung auszubauen,
- Initiativen für den Wohnungsbau und Städtebau, um ein humanes Wohnen und die Kommunikation zu fördern und der Vereinzelung entgegenzuwirken.

Die IG MEDIEN beabsichtigt, ein Programm »Arbeit und Kultur« vorzulegen.

3. Menschengerechte Arbeitsbedingungen: Mitbestimmung

Der Einsatz neuer Techniken und Veränderungen der Arbeitsorganisation führen oftmals zu wachsendem Arbeitstempo und Streß. Zugleich werden die Arbeitsabläufe immer mehr den Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitenden entzogen; vor allem Angestellte sind davon betroffen. Neue Informationstechniken erhöhen die Gefahr der persönlichen Überwachung.

Unter den Stichworten der »Flexibilisierung« und »Deregulierung« betreiben die Unternehmer die Auflösung des rechtlich gefestigten Arbeitsverhältnisses, etwa durch Teilzeitarbeit, durch befristete Einstellung und durch Auslagerung betrieblicher Arbeit in neue Formen der Heimarbeit.

Belastungen dieser Art, der »lange Arm der Arbeit«, haben weitreichende Folgen. Wer tagsüber von Kontakten mit Kollegen abgeschnitten ist, wer, gleichsam neben der Arbeit stehend, unterfordert ist, wird auch abends nur schwer Zugang zur aktiven Auseinandersetzung, zur gesellschaftlichen Arbeit oder zur Wahrnehmung kultureller Angebote finden.

Neue Techniken und neuartige Formen der Arbeitsorganisation erfordern daher einen erweiterten Rationalisierungsschutz, vornehmlich durch Ausweitung der Mitbestimmungsrechte, durch tarifvertraglich normierte Arbeitsinhalte und Besetzungsvorschriften. Darüber hinaus müssen die Beschäftigten auch ein Vetorecht bei der Einführung neuer Technologien haben, sofern die Auswirkungen auf ihren Besitzstand und die sozialen Folgen nicht gelöst sind. Verbote sind notwendig, soweit bzw. solange bestimmte Technikanwendungen wegen der menschlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Schäden nicht zu verantworten sind.

Die IG MEDIEN setzt sich für menschenwürdige Arbeitsbedingungen ein, insbesondere durch
- Verhinderung weiterer Arbeitsteilung,
- Schutz vor Leistungsintensivierung,
- Einrichtung von Mischarbeitsplätzen,
- Schaffung von Kommunikationsmöglichkeiten, z.B. durch zusätzliche bezahlte Pausen,
- Weiterbildung während der Arbeitszeit.

• Personalinformationssysteme müssen verhindert werden.

• Die Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte müssen erweitert werden, insbesondere bei
- Arbeitsbedingungen/Arbeitsplatzgestaltungen,
- Arbeitsorganisation/Arbeitsinhalten,
- Personalplanung/Stellenplänen,
- Investitionsplanung,
- Produktionsverlagerung.

• Die Einschränkung der Mitbestimmung durch Tendenzbestimmungen in Medien- und Kulturbetrieben ist zu beseitigen.

• Normalfall der betrieblichen Arbeit muß das unbefristete Vollzeitarbeitsverhältnis bleiben. Schichtarbeit, vor allem in Nachtschichten, muß die Ausnahme werden. Die Aushöhlung

von arbeitsrechtlichem Schutz durch Leiharbeit, Auslagerung in Heimarbeit und befristete Einstellung ist mit politischen, tarifvertraglichen und rechtlichen Mitteln zu verhindern.

• Frauen sind von den neuen Formen der Rationalisierung besonders betroffen. Deshalb hat der gewerkschaftliche Kampf für gleiche Rechte am Arbeitsplatz und gleiche berufliche Chancen der Frauen, z.B. durch Frauenförderpläne, besondere Bedeutung. Jede Diskriminierung ist nicht nur ein Angriff auf die Rechte der benachteiligten Personengruppen, sondern bedroht auch alle anderen, indem sie den Unternehmern die Möglichkeit gibt, die allgemeinen Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Löhne zu drücken.

• In Bereichen, in denen die Beschäftigung von Journalisten und Künstlern als freie Mitarbeiter auch in Zukunft sinnvoll ist, muß durch tarifvertraglichen, arbeitsrechtlichen und sozialen Schutz sichergestellt werden, daß sie am allgemeinen sozialen Fortschritt teilnehmen.

4. Höhere Einkommen und soziale Sicherung

In den vergangenen Jahren haben die abhängig Beschäftigten schwerwiegende Einkommensverluste hinnehmen müssen. Gegenüber allen Verzichtsideologien ist festzuhalten:

Für Arbeiter und Angestellte sind Lohn- und Gehaltssteigerungen nach wie vor unverzichtbar zur Erhaltung eines angemessenen Lebensstandards. Außerdem gilt:

Einkommensverteilung bedeutet auch die Verteilung von Chancen, am kulturellen und politischen Leben teilzunehmen.

Noch empfindlicher haben sich Sparhaushalte und die Politik der Umverteilung im Einkommen der freien Künstler, Autoren usw. ausgewirkt, deren Honorare oftmals noch »frei«, also ohne tariflichen Mindestschutz, ausgehandelt werden. Die als

zusätzliche Einkommensquelle in Betracht kommende Urheberrechtsverwertung ist unzureichend.

Die IG MEDIEN lehnt alle Versuche ab, die Tarifpolitik mit Orientierungsdaten, Lohnleitlinien, Gutachten oder »Empfehlungen« von außen zu beeinflussen.

• Die IG MEDIEN tritt für eine aktive Tarifpolitik ein, die die Löhne und Gehälter der abhängig Beschäftigten angemessen erhöht. Dies ist nicht nur im Interesse der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer notwendig, sondern zugleich volkswirtschaftlich geboten.

Schwerpunkte der Tarifpolitik sind darüber hinaus:
- Einschränkung von Überstunden,
- die Verlängerung von Erholzeiten mit vollem Lohnausgleich für Schichtarbeiter und für Beschäftigte an Bildschirm- und sonstigen psychisch und physisch belastenden Arbeitsplätzen,
- die zwingende Einhaltung von tariflichen Vorschriften über die Besetzung von Maschinen und Arbeitsplätzen,
- die Novellierung der Anhänge zum MTV Druckindustrie im Sinne einer humanen Anpassung der Arbeitsbedingungen an neue Technologien und veränderte Produktionsabläufe,
- Schaffung von Ausbildungsplätzen und Übernahmegarantie für Auszubildende,
- tarifvertragliche Regelung der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Umschulung (diese Maßnahmen sind von den Arbeitgebern zu finanzieren),
- Bildungsurlaub für alle abhängig Beschäftigten.

Ein besonderer tarifpolitischer Handlungsbedarf besteht für die Beschäftigten in Kinobetrieben und Musikschulen. Mindestgagen für darstellende Künstler sind tarifvertraglich abzusichern; Aufzeichnungen von Bühnenaufführungen und deren Verwertung dürfen nur mit Zustimmung der Beteiligten stattfinden.

• Die IG MEDIEN fordert die tarifvertragliche Festlegung von Mindesthonoraren für freie Autoren, Künstler, Filmschaffende und Journalisten. Sie müssen ein Einkommen gewährleisten, das unter Berücksichtigung der zusätzlichen Belastungen der freien Mitarbeiter dem Einkommen vergleichbarer Arbeitnehmer entspricht. Für Schriftsteller sind, solange ein Tarifvertrag nicht besteht, Regelhonorare sowie die Lizenzanteile bei der Verwertung von Nebenrechten im Normvertrag festzulegen.

• Die IG MEDIEN fordert auch im Hinblick auf die neuen Medien eine Reform des Urheberrechts, die vor allem
- ein Urhebervertragsrecht zum Schutz vor Ausbeutung schafft,
- eine Urhebernachfolgegebühr einführt, deren Aufkommen einem von den Urhebern selbst verwalteten Kultur- und Sozialfonds zufließen soll,
- eine Erhöhung der Fotokopier- und Kassettenabgabe vorsieht.

Vorbehaltlich einer gesetzlichen Regelung sind die Rechte der Urheber tarifvertraglich zu verbessern.

• Das Künstlersozialversicherungsgesetz brachte erstmals eine soziale Sicherung für alle Künstler und Publizisten im Alter sowie bei Krankheit. Das Gesetz ist gegen alle Angriffe zu verteidigen. Zu seiner Verbesserung fordert die IG MEDIEN
- die Vereinfachung der Verfahrensvorschriften und der Beitragserhebung,
- die Zahlung eines Krankengeldes bereits vom ersten Tag der Krankheit an.

• Darüber hinaus sind freie Mitarbeiter, unständig Beschäftigte und alle Teilzeitbeschäftigten für den Fall der Arbeitslosigkeit in das Sicherungssystem der Bundesanstalt für Arbeit einzubeziehen.

5. »Kampf um die Köpfe« – Wem gehören Presse und Rundfunk?

Die Bewußtseinsindustrie gewinnt an Bedeutung. Dabei setzen in zunehmendem Maße diejenigen ihre Interessen durch, die mit der Verfügungsgewalt über große Kapitalien Einfluß auf die Medien nehmen können. Soweit noch im Rundfunk eine andere, von privaten Kapitalverwertungsinteressen unabhängige Rechtsform existiert, engen auch hier parteipolitischer Proporz, Pressionen aus dem konservativen Lager und das Schielen nach Einschaltquoten die Möglichkeit zu kritischer oder experimentierfreudiger Arbeit ein. Produktionsformen und -inhalte werden nicht nur dem Prinzip der mediengerechten Verwertung unterworfen, sondern darüber hinaus den Interessen der werbenden Wirtschaft. So ist die Pressefreiheit – als republikanisches Grundrecht gegen den feudalen Obrigkeitsstaat im Interesse von Aufklärung, Machtkontrolle und Demokratie durchgesetzt – zum wirtschaftlichen Privileg in der Hand weniger Verleger und Medienkonzerne verkommen. Der Rundfunkfreiheit steht im Zuge der Kommerzialisierung gleiches bevor.

Eine demokratische Gesellschaft ist auf umfassende und kritische Information der Öffentlichkeit angewiesen. Deshalb müssen die Medien vor allem vom Zwang der Gewinnmaximierung befreit werden. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist es notwendig, die Stellung der Medien-Schaffenden zu stärken und ihre berufliche Arbeit schrittweise von innerbetrieblicher Unterwerfung unter ökonomische Interessen freizukämpfen. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der sozialen, arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Absicherung derer, die in kulturellen Berufen und Medienbereichen arbeiten, und dem Interesse des Bürgers an qualitativ guten Produkten.

Der vermehrte Einsatz von Satelliten und die damit verbundene ökonomische und politische Machtkonzentration sind eine

Gefahr für die demokratische Medienordnung auf nationaler und internationaler Ebene.

Die seit Jahren andauernde Auseinandersetzung um den sogenannten freien Informationsfluß (»free flow of information«) zwischen den USA, den west- und osteuropäischen Ländern sowie den Schwellen- und Entwicklungsländern haben sich verschärft. Eine neue internationale Informationsordnung muß die informationelle und kulturelle Souveränität und Identität aller Länder achten.

Dieses Problem stellt sich auch auf europäischer Ebene. Die im »EG-Grünbuch – Fernsehen ohne Grenzen« vertretene Auffassung, daß Rundfunk eine Dienstleistung sei, wird von der IG MEDIEN abgelehnt. Das hohe Gut der Informations- und Meinungsfreiheit darf dem privaten Gewinnstreben nicht noch weiter geopfert werden. Dies wäre das Ende der demokratischen Gesellschaft und der Anfang der perfekten Manipulationsgesellschaft.

- Die IG MEDIEN fordert daher
- die Verbesserung der Journalistenausbildung, vorrangig durch Tarifvertrag, und, soweit dieser noch nicht besteht, durch betriebliche Ausbildungsordnungen,
- die Schaffung von Fortbildungsmöglichkeiten,
- das Recht der Journalisten, technische Arbeiten, etwa der Korrektur oder des Umbruchs, abzulehnen.
- Redaktionsstatute, die erweiterte Mitbestimmung in allen publizistischen Fragen wie der Berufung und Abberufung von Mitgliedern der Chefredaktion, der Änderung der publizistischen Grundhaltung oder der Aufstellung von Redaktionsetats sichern.

- Marktbeherrschende Medienkonzerne müssen einer demokratischen Planung und Kontrolle unterworfen werden.

- In den Verbreitungsgebieten von Monopolzeitungen sind Zweitzeitungen gesetzlich zu fördern und vorrangig aus Umlagen (z.B. Anzeigenpools) zu finanzieren; als Rechtsform kommen vor allem öffentlich-rechtliche oder genossenschaftlich betriebene Zeitungen in Betracht.

- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß erhalten und ausgebaut werden. Dies schließt notwendige Reformen ein wie vor allem
- die Mitbestimmung von Personalvertretern in Rundfunkräten sowie die paritätische Besetzung der Verwaltungsräte,
- die Ablösung der Intendantenverfassung durch das Kollegialprinzip.

Ungeachtet der Tatsache, daß die IG MEDIEN den Kommerzfunk für eine verhängnisvolle Fehlentwicklung hält, ist es selbstverständlich gewerkschaftliche Aufgabe, sich um die Belange der Beschäftigten in Privatfunkanstalten und Produktionsfirmen zu kümmern und ihre tariflichen, sozialen und betrieblichen Interessen zu vertreten.

Darüber hinaus ist die Aufklärung über die Gefahren des Kommerzfunks fortzusetzen und zu vertiefen.

Die IG MEDIEN fordert dazu auf sich den Verkabelungsplänen der Kommerzfunkbetreiber und der Bundespost zu widersetzen.

Die Forderungen, die für Presse und Rundfunk in der Vergangenheit entwickelt wurden, wie Journalistenausbildung, publizistische Mitbestimmung usw., gelten in gleicher Weise für die Beschäftigten der Privatfunkanstalten und Produktionsfirmen.

- Die IG MEDIEN fordert
- eine nationale Rahmenordnung, die ein demokratisches Mediensystem der Bundesländer unter gesellschaftlicher Kontrolle in öffentlich-rechtlicher Form ermöglicht,

- eine europäische Medienordnung, die die Identität der nationalen Kulturen wahrt und kulturelle Vielfalt gewährleistet,
- eine internationale Informationsordnung, die auch den Schwellen- und Entwicklungsländern eine gleichberechtigte Teilnahme am internationalen Informations- und Kommunikationsaustausch ermöglicht.

6. Förderung der Kunst

Künstlerisches Schaffen sowie die Verbreitung künstlerischer Werke dürfen weder dem Gesetz von Angebot und Nachfrage noch den finanziellen Wohltaten privater Mäzene überlassen bleiben. Die Förderung der Kunst ist eine gesellschaftliche Aufgabe.

Dies gilt erst recht unter dem Anspruch, allen, insbesondere den abhängig Beschäftigten, gleichen Zugang zum kulturellen Leben zu verschaffen und ihre kreativen Fähigkeiten zu entwikkeln. Besondere Bedeutung kommt dabei der Förderung kultureller Eigeninitiative zu.

- Die IG MEDIEN fordert daher,
- die öffentlichen Mittel für die Kultur aufzustocken,
- unter Beteiligung der Künstler und Bürger Kulturentwicklungspläne aufzustellen,
- den Erwerb von Kunstwerken durch die arbeitenden Menschen steuerlich zu begünstigen.

Die Filmförderung ist auszuweiten und darf nicht von späteren Einspielergebnissen abhängig gemacht werden. Fördergelder darf nur erhalten, wer als Produzent die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen einhält.

Damit jeder Künstler von seiner Arbeit leben kann, sind entsprechende Künstlerförderungsprogramme zu schaffen. Die

Beschäftigungsmöglichkeiten für bildende und darstellende Künstler, für Musiker und Schriftsteller sind auszuweiten, insbesondere durch
- Ausbau des Kunst- und Musikunterrichts,
- Vermehrung von Planstellen an Kunst- und Musikschulen,
- regelmäßige Autorenlesungen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen,
- Errichtung und Unterhaltung von Werkstätten; die IG MEDIEN fordert dazu die Einrichtung von Trägergesellschaften für Ateliers und Studios in Selbstverwaltung,
- Erhaltung und Schaffung von Orchestern, Theatern und Opernhäusern,
- bessere Bedingungen für »Kunst am Bau«,
- kulturelle Stadtteilarbeit und Literaturwerkstätten.

Es ist Aufgabe des Staates, die Weiterbildung der Künstler zu fördern. Die IG MEDIEN wird sich für Weiterbildungsgesetze auch zur Entwicklung künstlerischer Fähigkeiten einsetzen.

• Die IG MEDIEN fordert die Gründung von demokratisch organisierten Kultur- und Bildungswerken mit eigener Rechtspersönlichkeit, die als Einrichtung zur Verwendung öffentlicher Mittel auftreten.

• Die IG MEDIEN wird sich in den eigenen Reihen sowie im DGB für das selbständige, kulturelle Engagement der Gewerkschaften einsetzen.

7. Medien, Kultur und Interessen. Die Aufgaben von Kunst und Medien

Die Interessen der abhängig Beschäftigten werden in den Medien nicht angemessen berücksichtigt. Die Arbeitswelt bleibt weitgehend aus der Berichterstattung ausgespart. Soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge werden nur selten aus der Sicht der abhängig Beschäftigten dargestellt.

...othek 19

Auch der offizielle Kulturbetrieb ist weitgehend auf die Bedürfnisse und den Erfahrungshorizont der »besseren Kreise« zugeschnitten.

Wer das Abgebot von Kultur und Medien verbreiten will, muß sich daher auch der Frage nach der inhaltlichen Orientierung stellen. Auch hier geht es um widerstreitende Interessen. Die IG MEDIEN wird sich in die Auseinandersetzung über die gesellschaftliche Rolle der Bewußtseinsindustrie, über Methoden, Interessen und Wirkungen von Medien und Kultur einschalten – ohne dabei Inhalte für die berufliche Arbeit ihrer Mitglieder vorgeben zu wollen. Die Freiheit von Presse und Kunst ist unteilbar und gilt auch im Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Gewerkschaft.

Die IG MEDIEN wird eine öffentliche Debatte über Arbeitsinhalte, über Arbeitsweise und Selbstverständnis der Medien- und Kulturschaffenden initiieren. Da Medien und Kunst eine Sache der gesamten Bevölkerung sind, müssen sie öffentlich diskutiert werden.

- Die IG MEDIEN beabsichtigt daher, Seminare, öffentliche Veranstaltungen und Werkstattgespräche zu veranstalten über Themen wie
  - das journalistische Berufsbild,
  - Probleme von Recherche und Reportage,
  - Ideologiekritik,
  - Funktion der Sprache,
  - Wirkung der Medien und Medienerziehung,
  - gesellschaftliche Bedingungen künstlerischen Schaffens,
  - »weiße Flecken« in der kulturellen Verarbeitung der Wirklichkeit,
  - soziale Probleme und künstlerische Darstellung.

- Die IG MEDIEN wird Anstöße geben
  - zur kritischen Begleitung der Berichterstattung in Presse und Rundfunk seitens der abhängig Beschäftigten,

  - zur Förderung der Kreativität und Entwicklung der künstlerischen Fähigkeiten der abhängig Beschäftigten.

Deshalb tritt die IG MEDIEN dafür ein, die gewerkschaftliche Kulturarbeit in allen Bereichen und auf allen Ebenen zu fördern. In einer Zeit, in der die Massenarbeitslosigkeit die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit in ihrer Substanz gefährdet, ist die Einbeziehung der Mitglieder und ihrer Familien in die Kulturarbeit ein wesentlicher Integrationsfaktor, um die gewerkschaftliche Kampfkraft in den kommenden Jahren zu stärken.

- Eigenständige kulturelle Aktivitäten sind ebenso wie die Herstellung von »Gegenöffentlichkeit« ein wichtiger Beitrag im Kampf der Arbeiterbewegung um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Entwicklung von sozialer Phantasie und die künstlerische Verarbeitung sozialer Auseinandersetzung haben in den zurückliegenden Arbeitskämpfen für die Entfaltung gewerkschaftlicher Solidarität wichtige Anstöße gegeben.
  Die IG MEDIEN tritt deshalb dafür ein, über gewerkschaftliche Kulturgruppen wie Theater- und Songgruppen, Chöre und andere Formen künstlerischer Betätigung Unterstützung für gewerkschaftliche Arbeit zu schaffen und zu fördern.

8. Ausbau der Demokratie – Sicherung des Friedens

Die vielfältigen politischen Vorstöße, die Krisenfolgen auf die Arbeiter und Angestellten, die Arbeitslosen und Rentner abzuwälzen, finden ihre Fortsetzung im Abbau von Freiheitsrechten. Demgemäß erleben wir Angriffe auf liberale Grundrechte wie die Pressefreiheit und auf kollektive Freiheiten wie das Streikrecht. Beides hängt zusammen. Folglich können sie auch nur gemeinsam wirksam verteidigt werden. Der Journalist oder der Künstler muß erkennen, daß die Behinderung der journalistischen Arbeit oder Ausstellungs- und Aufführungs-

verbote dem selben Ziel dienen wie die Aushöhlung des Streikrechts; daß folglich auch die Abwehr derartiger Übergriffe gemeinsam organisiert werden muß.

Die IG MEDIEN tritt ein für eine demokratische Wende:
- Die soziale Demontage muß nicht nur gestoppt, die Bundesrepublik Deutschland muß endlich ein Sozialstaat werden, in dem kein Alter, Schwacher oder Leistungsgeminderter mehr »ausgegrenzt« wird. Die Realeinkommen aus abhängiger Arbeit müssen kontinuierlich steigen, auch um die Massenkaufkraft zu sichern.
- Die Presse- und Rundfunkfreiheit ist als Bestandteil einer demokratischen Medienordnung zu verteidigen und zu stärken.
- Die Freiheit der Kunst ist zu erhalten und gegen jegliche Bevormundung oder Zensur zu sichern.
- Die Gewerkschaftsfreiheit ist zu verteidigen, vor allem durch die Erhaltung der Streikfähigkeit und das Verbot der Aussperrung.
- Ausländerhaß und Diskriminierung von Minderheiten sind zu bekämpfen; faschistische und neonazistische Organisationen müssen verboten werden.
- Die sogenannte »friedliche Nutzung« der Kernenergie ist ebenso entschieden abzulehnen wie die militärische, denn sie bedrohen Gesundheit und Leben der Menschen. Die IG MEDIEN fordert deshalb den sofortigen und vollständigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft.

Nach wie vor gilt die Einsicht: Frieden und Entspannung nach außen wie soziale Reformen und Demokratie im Innern bedingen sich gegenseitig. Deshalb ist der Einsatz für den Frieden vornehmste Pflicht der Gewerkschaften wie der Beschäftigten in den Medienbetrieben und kulturellen Berufen.

Die IG MEDIEN tritt daher ein
- für die Rückkehr zur Politik der Völkerverständigung und Entspannung,

- für die Überwindung von Feindbildern und Bedrohungslegenden, insbesondere in den Medien,
- für die sofortige Beendigung aller Atomwaffentests,
- für den Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West,
- für eine ABC-Waffenfreie Zone in Mitteleuropa entsprechend dem Palme-Vorschlag,
- für eine Welt ohne atomare, bakteriologische und chemische Waffen bis zum Jahre 2000,
- gegen die Militarisierung des Weltraums.

Der Friedensauftrag unseres Grundgesetzes muß auch Gegenstand von Veranstaltungen über Selbstverständnis und gesellschaftliche Wirkung von Medien und Kunst sein.

V. Organisatorische Schritte Durchsetzung unserer Forderungen

Zur Umsetzung der genannten Forderungen und Schwerpunktaufgaben kommt für die Mitglieder der IG MEDIEN vor allem in Betracht:

- In der Betriebsarbeit gilt es, anhand konkreter Konflikte Einsicht und Unterstützung für unsere Forderungen und Ziele zu wecken und zu verbreiten.
In allen Betrieben ist eine Betriebsarbeit zu forcieren, die unmittelbar die Interessen der Belegschaften aufgreift.
Wesentliche Voraussetzung für eine aktive Betriebsarbeit ist – neben der Mitgliederwerbung – eine begleitende Informationspolitik. Dazu gehören u. a. auch gewerkschaftliche Betriebszeitungen.
Die Entwicklung des gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins, insbesondere die Zurückdrängung von sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen – auch durch unsere Bildungs- und Schulungsarbeit –, muß Bestandteil aller Aktivitäten sein.

• Durchsetzung von Tarifverträgen, wobei die wechselseitige Information, Abstimmung und gegenseitige Unterstützung unter den Verbänden der IG MEDIEN in der ersten Zeit der Gründungsphase unerläßlich ist.
Tarifvertragliche Verbesserungen für freie Mitarbeiter sollten dabei besondere Bedeutung haben.
Konzentration auf zentrale Tarifvorhaben wie auf den nächsten Schritt der Arbeitszeitverkürzung in der Druckindustrie ist geboten.

• Gemeinsame Veranstaltungen und gegenseitige Unterstützung bei betrieblichen und überbetrieblichen Aktionen sowie bei Arbeitskämpfen sind erforderlich.

• Gewerkschaftsübergreifende Handlungsstrategien in den uns alle betreffenden wichtigen gewerkschaftspolitischen Fragen sind zu entwickeln.

• Mitglieder und Funktionäre sind für die gewerkschaftliche Kultur- und Bildungsarbeit zu gewinnen. Das Bildungs- und Kulturangebot ist im Sinne dieses Programms auszubauen. Arbeitskampfschulung muß Bestandteil der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sein.

• Die Forderungen des Gründungsprogramms sind in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung bekanntzumachen und durchzusetzen.

Die Mitglieder der IG MEDIEN sind aufgefordert, sich bei Kundgebungen, Aktionen und Demonstrationen zur Verteidigung der Demokratie und zum Ausbau des Sozialstaates im Sinne dieses Gründungsprogramms zu beteiligen.
Die IG MEDIEN wird nach Ablauf der Übergangsstufe ein Aktionsprogramm erarbeiten, das auf der Diskussion dieses Gründungsprogramms und den praktischen Erfahrungen bei seiner Umsetzung aufbaut.

Anschriften der Gewerkschaften / Verbände der IG MEDIEN

Industriegewerkschaft Druck und Papier
Hauptvorstand
Friedrichstraße 15, 7000 Stuttgart 1,
Telefon (0711) 2018-1

Gewerkschaft Kunst
Zentralvorstand
Hans-Böckler-Straße 39, 4000 Düsseldorf 30,
Telefon (0211) 4301334

Bundesvereinigung der Gewerkschaftsverbände Bildender Künstler (BGBK)
Bundesvorstand
Köthener Straße 44, 1000 Berlin 61, Telefon (030) 2611191

Deutscher Musikerverband (DMV)
Hauptverwaltung
Besenbinderhof 60, 2000 Hamburg 1, Telefon (040) 246768

Gewerkschaft der Musikerzieher und konzertierenden Künstler (GDMK)
Bundesgeschäftsstelle
Schwanthalerstraße 64, 8000 München 2,
Telefon (089) 5309026

IAL Berufsverband Show und Unterhaltung
Geschäftsstelle
Besenbinderhof 60, 2000 Hamburg, Telefon (040) 245343

Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU)
Hauptgeschäftsstelle
Klarastraße 19, 8000 München 19, Telefon (089) 182061

Schutzverband Bildender Künstler (SBK)
Sophienstraße 7a, 8000 München 2, Telefon (089) 597359

Südwestdeutscher Journalistenverband (SWJV)
Geschäftsstelle
Taubenheimstraße 69, 7000 Stuttgart 50,
Telefon (0711) 561504

»Auch die Gewerkschaften können nicht bleiben, was sie sind . . . Vielleicht glauben die Gewerkschaften immer noch nicht, daß es sich da, wo Kunst und Information produziert werden, tatsächlich um eine Industrie handelt. Zumindest müssen wir, die in der Kulturindustrie oder für sie arbeiten, schon durch unsere Organisation auf das Stadium der ökonomischen Konzentration antworten. Da unser Partner oder Gegner neuerdings immer nach der Verfügung über alle Medien strebt, ist es nur komisch, wenn Autoren als Schriftsteller, Journalisten, Komponisten, Graphiker, Bühnenbildner, Schauspieler, Maler, Kameraleute, Regisseure in separierten Häufchen herumoperieren.
Ich glaube, nur eine IG Kultur kann aus dem Grüppchen-Wesen eine Gruppe machen, die den Multimedia-Konzernen gewachsen ist.«

Martin Walser 1970 auf dem ersten Schriftstellerkongreß des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS).

Herausgeber: INDUSTRIEGEWERKSCHAFT MEDIEN, Druck und Papier, Publizistik und
(Verantwortlich: Heinz Müller),
7000 Stuttgart 1
Herstellung: Druckerei Tübinger
Uhlandstraße 2, 7400 Tübingen
(1286, 20000)

A91-